

UNSER VEREINTES EUROPA 2049

EINE ZUKUNFTSVISION DER JUGENDVERBÄNDE FÜR DAS EUROPA IN 30 JAHREN



➔ PRÄAMBEL: EIN EUROPA, IN DEM ES KEINE GRENZEN MEHR GIBT

Europa 2049. Rund 425 Millionen Europäer*innen aus 34 Ländern waren aufgerufen, an der 15. Direktwahl des Europäischen Parlamentes teilzunehmen. Ein europäisches Fest gelebter Demokratie, bei dem Kandidat*innen aus ganz Europa nach den Bestimmungen einer europäischen Wahlgesetzgebung auf einem europaweit einheitlichen Wahlzettel zur Wahl stehen. Fast 80% der Unionsbürger*innen gingen zur Europawahl, da für sie Europa selbstverständlich ist und sie die Ausrichtung der EU auch weiterhin mitgestalten möchten.

Die Europäische Union ist mit ihren 90 Jahren auch weiterhin für die Menschen ein Garant für Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Prosperität. Sie verbinden mit ihr die Werte Gleichheit in kultureller Vielfalt, Solidarität, Gerechtigkeit und Wohlstand sowie die Achtung und den Schutz der Menschenrechte. Doch im Gegensatz zu damals kennt das Europa 2049 keine, durch nationale Interessen geprägten, mentalen und physischen Grenzen. Die EU hat sie erfolgreich überwunden. Nationalstaaten haben verstanden, dass sie die Souveränität europäisch ausbauen müssen, wenn sie ihre eigene nicht verlieren wollen. Die Regionen Europas spielen sowohl in der Entscheidungsfindung als auch in der Kommunikation als Bindeglied zwischen den Ebenen eine tragende Rolle innerhalb der EU.

Aus diesem Grund ist die europäische Perspektive ein *selbstverständlicher* Bestandteil jeglicher politischer Entscheidung und prägt damit die Lebensrealität vieler Menschen auf allen Ebenen, auch jenseits von Orten politischer Entscheidungsfindung.

Die Europäische Union ist zu einer wirklichen „union of the European citizens, by the European citizens and for the European citizens“ gewachsen.

Im Europa 2049 werden Probleme gesamteuropäisch gelöst:

- in einer gelebten Demokratie, in der Rat der EU und EP in Bürger*innenvertretung und nach Regionalprinzip entscheiden und die Gesetze transparent gestaltet werden
- unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und indem vor allem junge Menschen, die auf europäischer Ebene strukturell eingebunden sind, mitreden und Europa aktiv mitgestalten
- indem soziale Rechte der Europäer*innen geschützt sind, der europäische Arbeitsmarkt fair gestaltet wird und es keinen Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten um die niedrigsten Sozialstandards gibt
- indem wirtschaftliche und soziale Konvergenz zusammen gedacht werden und die Schieflage zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration überwunden ist
- indem Kreativität und die künstlerische Entfaltungsfreiheit eines jeden Menschen mitbedacht werden
- indem europäische Politik und europapolitisches Engagement überall sichtbar ist, ungeachtet von Herkunft, Alter, Bildung, finanziellem oder sozialem Hintergrund
- indem der ländliche Raum politisch stark an- und eingebunden ist
- indem, nach wirtschaftlicher Konvergenz strebend, der europäische Binnenmarkt in allen Dimensionen vollendet ist und die EU als starke, aber gleichzeitig auch faire und verantwortungsbewusste Handelspartnerin auftritt
- mit einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik, die solidarisch, humanitär und gegen Rassismus verfasst ist
- mit einer gemeinsamen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, deren ambitionierte Ziele ressortübergreifend eingehalten werden
- mit einem gemeinsamen Bildungsraum, in dem formale und non-formale Bildung zusammen gedacht wird und in dem Zugangsvoraussetzungen und grundlegende Lerninhalte aufeinander abgestimmt sind
- mit einer gemeinsamen Außenpolitik, die ihrer globalen Verantwortung gerecht wird

Das selbstverständliche Mitdenken der europäischen Perspektive in jeder politischen Entscheidung führt dazu, dass sie in allen Ebenen automatisch präsent und die Arbeit der Europäischen Union im Alltag sichtbar ist. Die Europäer*innen genießen als Unionsbürger*in die europaweit geltenden Vorteile und Rechte und schätzen die dafür erzielten Errungenschaften wert. Sie *identifizieren* sich mit der EU und entwickeln eine europäische Identität, die sich komplementär zu ihren regionalen Identitäten verhält. Das unermüdliche Engagement seitens der aktiven und partizipativen Zivilgesellschaft durch den konstanten und festen europapolitischen Dialog war nicht nur wesentlich für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. Sie hat vor allem geholfen, dieses Europa zu verwirklichen: Unser Europa 2049.

➔ DEMOKRATIE: EIN EUROPA, IN DEM ENTSCHEIDUNGEN TRANSPARENT DEMOKRATISCH UND GLEICHBERECHTIGT ZWISCHEN RAT UND EP GETROFFEN WERDEN



Im föderalen System ist das EP als direkte Vertretung der Bürger*innen als eine von zwei Kammern gleichberechtigt für die Gesetzgebung verantwortlich. Als direkte Vertretung der Bürger*innen ist das Europäische Parlament gesetzgeberisch mit allen legislativen Kompetenzen ausgestattet und hat das alleinige Haushaltsrecht. Der Rat der EU vertritt die Interessen der Regionen im Sinne eines Senats.

Die Europawahlen, an denen alle Menschen ab 14 Jahren mit Lebensmittelpunkt Europa teilnehmen dürfen, sind durch eine einheitliche Wahlgesetzgebung, europäische Wahlkreise und gemeinsame Kandidat*innen europäisiert. Das Spitzenkandidat*innen-System ist vollumfänglich eingeführt worden. Die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im politischen Entscheidungsprozess sind auf allen Ebenen möglich, einfach zugänglich und werden transparent dokumentiert. So gibt ein verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen Auskunft über politische Gespräche und deren Auswirkungen auf die europäische Gesetzgebung.

Das vermeintliche Demokratiedefizit, das der EU lange Zeit angehaftet hatte, wurde mit zusätzlichen Transparenzmaßnahmen ausgeräumt. In allen Phasen ist der Gesetzgebungsprozess transparent und nachvollziehbar.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, die Kopenhagener Kriterien auch innerhalb der EU anzuwenden, hat sich der eingeführte europäische Rechtsstaats-TÜV bewährt. Außerdem gibt es ein Anreizsystem für Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Förderprogramme der EU. Mitgliedstaaten, die besondere Fortschritte machen, werden zusätzlich gefördert.

Vor dem Hintergrund der Digitalisierung stellen demokratisch legitimierte öffentliche Institutionen die staatliche Handlungsfähigkeit bei der Überwachung unserer europäischen Rechte und Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, aber auch öffentliche Daseinsvorsorge im digitalen Raum gegenüber privatwirtschaftlichen Systemen und Technologien sicher.

➔ JUGEND: EIN EUROPA, IN DEM JUNGE MENSCHEN AKTIV MITGESTALTEN



Die EU erkennt Jugendverbände und -ringe als Werkstätten der Demokratie an. Jugendverbände und -ringe werden als Orte gelebter Demokratie und freier Zivilgesellschaft wertgeschätzt, weshalb ausreichend Freiräume für Ehrenamt europaweit selbstverständlich sind. Jugendverbände und -ringe tragen u.a. durch ihre inklusive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu Demokratieerziehung und politischer Bildung bei. Die Arbeit von Jugendverbänden wird aufgrund ihres unbestrittenen und gemeinnützigen Wertes strukturell und breit gefördert. Außerdem wirken sie über gemeinsame Entscheidungsstrukturen bei der Vergabe von Fördermitteln und den Entscheidungen im Rahmen der europäischen Jugendpolitik mit.

Die EU-Jugendstrategie hat sich als verbindliche, gemeinsame Strategie bewährt, um die Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend mitzudenken und proaktiv zu organisieren. In Verbindung mit den Förderprogrammen verbessert die Strategie die Lebenssituation junger Menschen. Auch der EU-Jugenddialog hat als etabliertes und von der Politik ernstgenommenes sowie beachtetes Beteiligungsinstrument dazu beigetragen, dass die Interessen junger Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse erfolgreich mit einbezogen werden. Die im Jugenddialog erarbeiteten EU-Jugendziele wurden über die Jahre fortlaufend über breite und inklusive Beteiligungsrunden aktualisiert und bilden die Grundlage der strategischen Ausrichtung von jugendpolitischen Entscheidungen der EU.

Die politischen Parteien als Fundamente der Demokratie sind 2049 inhaltlich und strukturell jugendfreundlich geworden und der Anteil – insbesondere junger Frauen – im Europäischen Parlament (EP) ist seit Langem selbstverständlich 50-50.

➔ WIRTSCHAFT UND FINANZEN: EIN EUROPA, DAS SO VIEL INVESTIERT WIE MÖGLICH UND SO VIEL SPART WIE NOTIG



Die EU ist und bleibt eine starke Handelspartnerin. Der europäische Binnenmarkt ist in allen Dimensionen verwirklicht. Hemmnisse für den innereuropäischen Handel sind abgeschafft, bspw. im Bereich der Besteuerung durch die Harmonisierung der Unternehmenssteuern. Durch ihre besondere Verantwortung als größter Markt bekennt sich die EU auf internationaler Ebene zu einem multilateralen Handelssystem mit offenen Märkten und einer starken WTO. Die faire EU-Handelspolitik trägt außerdem zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Ländern des Globalen Südens und einem globalen Verbot von Kinderarbeit bei, indem im Rahmen der handelspolitischen Zusammenarbeit demokratische und sozialstaatliche Modelle gefördert und lokale, nachhaltige Wirtschaftsstrukturen unterstützt werden. Der Export subventionierter EU-Produkte oder die Anwendung von Handelsbarrieren wie Strafzöllen, um Handelsverträge oder Vertragsbestandteile durchzusetzen, gehören der Vergangenheit an.

Die Ausläufer und Konsequenzen der Finanz- und Schuldenkrisen wurden seit Längerem endgültig behoben. Für die weitere Verzahnung zwischen Wirtschafts- und Währungspolitik gibt es eine*n Wirtschafts- und Finanzminister*in, der u. a. die Haushalts- und Wirtschaftspolitik in der vollendeten Eurozone koordiniert. Der europäische Haushalt verfügt über europäische Ressourcen aus der Steuererhebung und ist in seiner Ausgabenpolitik auf ein nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der 17 Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDG) und ihrer Nachfolgemaßnahmen ausgerichtet. Dabei werden alle drei Aspekte der nachhaltigen Entwicklung bei der Planung von handelspolitischen Maßnahmen gleichwertig bedacht, sodass ökologisches, soziales und wirtschaftlich nachhaltiges Wirtschaften unterstützt wird. Der EU-Haushalt ist an die politischen Prioritäten der EU angepasst, und es gibt keine nationalen Rabatte. Die allgemeinen wirtschafts- und finanzpolitischen Überlegungen auf europäischer Ebene gehen über ein reines Wirtschaftswachstum mit soliden Finanzhaushalten hinaus und unterstützen durch eine öffentliche und private Investitionsoffensive vor allem die Förderung von Forschung, Bildung, physischer und psychischer Gesundheit, Entwicklung und digitaler Infrastruktur (sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum) sowie Maßnahmen zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Durch diese Offensive gehört die EU zu den wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsräumen der Welt. Der digitale EU-Binnenmarkt ist für technologie- und wissensbasierte Unternehmen ein weltweiter Innovationshub, in der digitale Geschäftsmodelle mit guten Arbeitsbedingungen wachsen können. Ein europaweites Aus- und Weiterbildungssystem mit einheitlichen Inhalten bildet Fachkräfte aus und weiter und sorgt für den Ausbau ihrer digitalen Kompetenzen.

Neben der finanziellen Ausstattung wurden auch die gesetzlichen Grundlagen überarbeitet, um den europäischen Standort für Unternehmen und Innovator*innen zu stärken und gute sowie faire Arbeitsbedingungen in ganz Europa zu schaffen. So ist der Zugang zu Fördermitteln durch eine vereinfachte Antragsstellung und schnelle Bewilligungsverfahren über digitale Plattformen erleichtert worden. Nationale und europäische Förderprogramme besser aufeinander abgestimmt. Bei der Entwicklung von Produkten wird der Erhalt der Ressourcen im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft mit bedacht. Nachhaltige Geschäftsmodelle wie „sharing economy“ tragen dazu bei, den gesamten Lebenszyklus von Produkten effizient zu nutzen.

➔ SOZIALPOLITIK: EIN EUROPA, IN DEM ARBEIT UND SOZIALE ABSICHERUNG SOLIDARISCH ZUSAMMEN GEDACHT WERDEN



Der EU ist es 2019 gelungen, europaweit verbindliche Maßnahmen in der Sozial-, Wohlfahrts- und Beschäftigungspolitik zu schaffen. Hierfür wurde ein europäischer Mindestlohn eingeführt und ein sozialer Stabilitätspakt verabschiedet, um Ungleichgewichte innerhalb der EU auszugleichen. Die sozialen Rechte wurden mittels eines Sozialprotokolls mit den wirtschaftlichen Rechten gleichgestellt.

Die Union hat aus den Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise gelernt und die Schieflage zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration ausgeglichen. Der europäische Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch gemeinsame Regeln und Mindeststandards für faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherungssysteme im Rahmen eines europäischen Wohlfahrtsstaates. Es gibt keinen Wettbewerb um das billigste Sozialsystem zwischen den Mitgliedstaaten. Die Arbeitnehmer*innen bewegen sich ungezwungen und aus freien Stücken innerhalb der EU, um dort zu arbeiten, wo sie wollen.

2049 ist die Chancengerechtigkeit mit Blick auf Geburtsort, Geschlecht, Religion, sexuelle Orientierung oder körperliche Beeinträchtigungen vollumfänglich erfüllt. Mithilfe einer umfassenden Gleichstellungsstrategie sorgt die EU für Parität und hat es erfolgreich geschafft, Lohngleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusetzen. Darüber hinaus hat die EU Inklusion auf allen Ebenen vollumfänglich umgesetzt.

Auftretende Fälle psychischer Gesundheitsprobleme, wie z. B. extremer Stress, Angstzustände oder Depressionen sind dank formaler und non-formaler Sensibilisierungs- und Aufklärungsprogramme über Ursachen, Umgang und Vorsorge stark zurückgegangen, entstigmatisiert und werden durch eine inklusive und finanziell gut ausgestattete Gesundheitsversorgung europaweit erfolgreich behandelt.



MIGRATION: EIN EUROPA, DAS IHREM HUMANITÄREN ANSPRUCH GERECHT WIRD



Die EU konnte eine offene, solidarische und menschenwürdige europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik etablieren, die sowohl nach innen als auch nach außen die Menschenrechte respektiert. Durch ein humanitäres Aufnahmeprogramm mit sicheren und legalen Fluchtwegen, können Menschen in Europa Zuflucht finden. Im Rahmen des gemeinsamen und kohärenten Einwanderungssystems werden die ankommenden Menschen durch die Koordinierung der europäischen Asylbehörde solidarisch und fair verteilt. Seenotrettung ist somit nicht mehr notwendig. Die schrecklichen Ereignisse an den EU-Außengrenzen der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts waren ein Versagen der europäischen Mitgliedstaaten, in dieser entscheidenden Situation handlungsfähig und solidarisch zu sein. Daran erinnert ein europäischer Gedenktag.

Die EU hat anerkannt, dass viele Fluchtursachen sowie die Ungleichheit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden die Konsequenzen ihrer bzw. der Politik ihrer Mitgliedstaaten sind. Im Sinne der globalen Verantwortung Europas setzt sich die EU deshalb auf allen Ebenen für die nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Dazu gehört auch eine ambitionierte Klimapolitik, da Auswirkungen des Klimawandels Fluchtursachen schaffen und verstärken.

Das kohärente Migrations- und Einwanderungssystem umfasst zusätzlich gemeinsame, allumfassende Regelungen, die die legale Einwanderung in die EU durch ein einheitliches und vereinfachtes Verfahren fördert und sicherstellt.



Umwelt und Nachhaltigkeit: Ein Europa, in dem nicht mehr Ressourcen verbraucht werden als vorhanden sind



Nach Anfangsschwierigkeiten sind alle EU-Mitgliedstaaten ihren national festgelegten Beiträgen („Nationally Determined Contributions“, „NDCs“) unter dem Pariser Abkommen und den Folgeabkommen gerecht geworden. Durch ihre verbindliche, langfristige und generationengerechte Klimaschutzstrategie wurde das international vereinbarte Klimaziel von 1,5° C im Vergleich zu 1990 erfolgreich erfüllt und ein ökologischer, ökonomischer, struktur- und sozialverträglicher Wandel im Sinne der Nachhaltigkeit vollzogen. Dieser Wandel hat in der breiten Öffentlichkeit eine hohe Akzeptanz erlangt, da es gelungen ist, diesen vor allem als Chance und nicht als Verzicht zu begreifen. Besonders dazu beigetragen hat die ganzheitliche Integration des Stellenwertes naturbezogener Aktivitäten und der Umweltbildungsarbeit in die Bildungssysteme.

Die Energie wird ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen – seit 2035 ist die EU CO₂-neutral; der EURATOM-Vertrag wurde damit obsolet. Der „Earth Overshoot Day“ wurde erfolgreich an das Jahresende verschoben: Europa hat eingesehen, dass es ein unendliches Wirtschaftswachstum, das auf Ressourcenverbrauch basiert, auf Dauer nicht geben kann. Damit verknüpft die EU eine sozial gerechte Lebenswelt mit dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen bzw. dem Erhalt der biologischen Vielfalt. Die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Länder des globalen Südens und die SDG sowie die darauffolgenden, ambitionierten Ziele nach 2030, werden von den EU-Institutionen in all ihre politischen Entscheidungsprozesse strukturell einbezogen. So stellt z.B. ein Klimavorbehalt sicher, dass alle politischen Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf Umwelt und/oder Klima untersucht werden. Vor diesem Hintergrund wurden umwelt- und klimaschädliche Subventionen im Jahr 2025 abgeschafft und illegaler Holzeinschlag eingedämmt, bzw. übermäßige Abholzung untersagt.

Eine umwelt- und tiergerechtere Landwirtschaft mit möglichst regionalen Wertschöpfungsketten und strukturreichen Agrarlandschaften ist nach wie vor das grundlegende Ziel der europäischen Landwirtschaftspolitik. Dazu gehören auch hohe Tierschutz- und Umweltstandards, die auf EU-Ebene einheitlich festgelegt und ohne nationale Alleingänge umgesetzt sind sowie die Gültigkeit von Luftreinhaltungs- und Klimagesetzgebung und ein zielgerichteter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Diese ökologischen Maßnahmen der Landwirt*innen werden seit mehr als 20 Jahren durch die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union unterstützt.

Als stärkster Förderer investiert die EU massiv in Forschung und Entwicklung nachhaltiger „blauer“ und „grüner“ Wirtschaftssektoren. Neue Technologien und umweltschonende Alternativmaterialien gewährleisten ein nachhaltiges Produktions- und Konsummuster innerhalb der planetaren Grenzen und sorgen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.



➔ BILDUNG: EIN EUROPA, IN DEM EIN GEMEINSAMES LERNEN EUROPaweIT MÖGLICH IST

Der Europäische Bildungsraum ist Realität. Denn Bildung ist der Schlüssel für mehr Teilhabe und grundlegende Voraussetzung für eine soziale, gerechte und demokratische Gesellschaft. Besonderes Augenmerk gilt dabei der politischen Bildung, die europaweit gestärkt und gefördert wird. Sie befähigt vor allem junge Menschen, den gesellschaftlichen Diskurs auf europäischer Ebene entsprechend der europäischen Werte zu denken und zu leben.

Aus diesem Grund sind die europäischen Mobilitäts- und Austauschprogramme, wie „Erasmus+“ und das Europäische Solidaritätskorps, strukturell ausgebaut und finanziell so ausgestattet worden, dass Projektanträge nicht aus finanziellen Gründen abgelehnt werden. Die europaweite Einführung des dualen Berufsausbildungsmodells mit europäischen Standards, das die starken nationalen Traditionen in Bildung und Ausbildung berücksichtigt, hat dazu geführt, dass alle Menschen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung wie selbstverständlich von Erasmus+ profitieren können. Auch die Ausweitung der Programmstruktur auf Schüler*innen durch kurz- und langfristige Austauschangebote trägt dazu bei, schon früh ein europäisches Bewusstsein zu fördern. Europäische Begegnungen spielen eine große Rolle, um jungen Menschen Raum für den gegenseitigen Austausch und das gemeinsame Lernen zu geben. In diesem Zusammenhang wurden schrittweise EU-weite Schulabschlüsse eingeführt und die Zugangsvoraussetzungen zu weiterführenden Bildungseinrichtungen angeglichen. Diese Änderungen haben zu einer deutlichen Steigerung der Lernmobilität geführt.

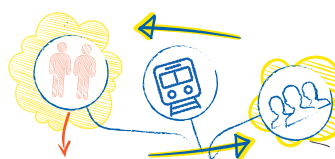
Die verstärkte Europabildung in der formalen und non-formalen Bildung, bei der Schüler*innen die grundlegenden Kenntnisse über Geschichte, Aufbau und Grundwerte der EU vermittelt bekommen, ist ein wichtiger Pfeiler des Europäischen Bildungsraums. Die Jugendverbände und -ringe leisten insbesondere im non-formalen und informellen Bildungsbereich einen entscheidenden Beitrag. Denn vor allem non-formale Bildung befähigt, die eigene Lebenswelt im Kontext gesellschaftlicher und historischer Zusammenhänge begreifen zu lernen. Als originäre Lernorte mit ihren vielfältigen Bildungsleistungen sind die Jugendverbände in Europa gesellschaftlich und politisch anerkannt und entsprechend strukturell gefördert, um ihren selbstbestimmten Auftrag zu erfüllen.

Die im fachdidaktischen Curriculum fest verankerten Europäischen Projektwochen arbeiten europaweit europapolitische Thematiken entlang der Lebensrealität junger Menschen bzw. ihrer Chancen und Möglichkeiten innerhalb der EU, auf.

Mehrsprachigkeit ist eine Selbstverständlichkeit: Minderheiten- und Regionalsprachen werden weiterhin gesprochen und staatlich gefördert.

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung unterstützt die EU ihre Mitgliedstaaten durch ein umfangreiches Bildungsprogramm, das Medienkompetenzen vermittelt und den sicheren Umgang mit und richtige Bewertung von sozialen Medien im digitalen Raum sicherstellt.

➔ MOBILITÄT: EIN EUROPA, IN DEM MENSCHEN EUROPÄISCH VERNETZT AUF WACHSEN



Offene Binnengrenzen reichen nicht aus: Die Bewegungsfreiheit aller Menschen wird konsequent, gezielt und sozial gerecht unterstützt. In einem Europa ohne Grenzen ist die freie Mobilität im Sinne der Freizügigkeit von entscheidender Bedeutung. Auch sie ist nun nach umweltverträglichen Kriterien strukturell ausgebaut und gefördert worden: Grenzwerte für PKWs wurden eingeführt, der Gütertransport von der Straße auf die Schiene und Wasserwege verlagert, ein EU-weiter kostenloser ÖPNV und insbesondere sein Ausbau im ländlichen Raum sind vollendet. Die Inbetriebnahme eines echten europaweiten Streckennetzes mit einer transeuropäischen Eisenbahn zu günstigen Bahntickets erhöht den Austausch und die Anzahl an Begegnungen und markiert das Ende des Individualverkehrs. Es gibt nur noch klimaneutrale Verkehrsmittel, die alle nachhaltig betrieben werden. Dafür sorgt u.a. auch ein dichtes Netz an Nachtzugverbindungen – und wer mobil in Europa unterwegs ist, kann auch bequem ihre*seine Lieblingsserien und Filme anschauen, wo sie*er will. Die Abschaffung des Geoblockings und die europaweite Einrichtung von freiem und unlimitiertem WLAN machen dies möglich.



➔ AUßENBEZIEHUNGEN: EIN EUROPA, DAS ALS GEEINTE STIMME FÜR DEMOKRATIE UND FRIEDEN IN DER WELT WAHRGENOMMEN WIRD

Die EU nimmt ihre globale Verantwortung zur Friedenssicherung und Demokratieförderung wahr und richtet ihr außenpolitisches Handeln danach aus. Durch die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips in außenpolitischen Belangen ist es Europa gelungen, international handlungsfähiger zu werden. Einzelne Nationalstaaten können durch ihre Stimme keine Mehrheitsentscheide blockieren. Dadurch wird die EU international als glaubwürdige Partnerin und Mediatorin wahrgenommen. Stellvertretend für die gesamte EU befürwortet der*die EU-Außenminister*in gewaltfreie und zivile Krisenpräventionen und setzt sich für verbindliche Abrüstungsbestrebungen im Rahmen der Vereinten Nationen ein. Vor diesem Hintergrund sind Waffenlieferungen an diktatorische und Menschenrecht unterdrückende Regimes mit der EU unvereinbar und werden selbstverständlich abgelehnt.

Unter voller Berücksichtigung der Kopenhagener Kriterien wurden die Länder des Westbalkans erfolgreich in die EU integriert. Die starke Stimme zivilgesellschaftlicher demokratischer Kräfte im Beitrittsprozess, erzielt über eine strukturelle Förderung, hatte irgendwann auch die letzten Vertreter*innen nationaler Eigeninteressen überzeugt.

Auch innerhalb des Schengen-Abkommens gibt es keine nationalen Vorbehalte und Ausnahmen. Alle EU-Länder sind automatisch Teil des Abkommens. Mit dem Ziel, den Austausch zwischen den europäischen Gesellschaften zu fördern, ist visumfreies Reisen innerhalb des europäischen Kontinents auf zivilgesellschaftlicher Ebene grundsätzlich möglich.

Als Instrument zur weltweiten Beseitigung von Armut, zur Förderung und Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten und zur gemeinsamen Bewältigung von Umwelt- und Klimaherausforderungen verfolgt die EU eine ambitionierte und transparente Entwicklungspolitik. Diese findet in allen Bereichen auf Augenhöhe mit den Partnerländern statt. Bedarfsabstimmungen verhindern die Entstehung von Ungleichheiten im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sind als Projektträger*innen vor Ort wichtige Partner*innen der EU. Ein einheitlicher Code of Conduct sowie ein lebendiger und beständiger Austausch zwischen diesen externen Akteur*innen und der EU fördern die nachhaltige und effiziente Zusammenarbeit.

Europa ist gemeinschaftlich bei den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Gremien vertreten. Die Einigung auf einen gemeinsamen EU-Sitz hatte das Eis für eine Reform des UN-Sicherheitsrats gebrochen. Die EU ist als „1 Entity“ Mitglied in der NATO.

➔ ZUM SCHLUSS: EIN EUROPA, DAS JETZT DIE RICHTIGEN WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT STELLEN MUSS



Angesichts der derzeitigen Entwicklungen inner- und außerhalb Europas betrachten wir Jugendverbände mit großer Sorge die zunehmende Rückkehr zu nationalen Alleingängen. Immer stärker versuchen nationalistische Kräfte an den Grundwerten zu zerrern, die das Fundament der europäischen Ideen darstellen. Sie zielen darauf ab, die Grenzen des bislang Sagbaren zu verschieben und spalten das geeinte Europa. Mit dem Ziel, dieser negativen Spirale zu entkommen, haben wir unsere Zukunftsvision als pro-europäisches Gegenstück formuliert. Wir wollen verhindern, dass das Europa von heute, das für Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wohlfahrt und wirtschaftliche Prosperität steht, aufhört zu existieren. Im Gegenteil: Wir wollen, dass zukünftige Generationen in einem ökologisch nachhaltigen Europa aufwachsen, in dem die Europäer*innen im Zentrum der europäischen Politik stehen. Die nationalistische Perspektive ist endgültig überwunden, und die europäische Öffentlichkeit und Souveränität gehören selbstverständlich zur Lebensrealität.

Die europäische Integration ist noch nicht beendet. Europa ist die Institutionalisierung der Überzeugung, dass die Probleme unserer Zeit gemeinsam besser gelöst werden können als alleine.



GENERATION EUROPA 2019-2049

EUROPA 2019: HERAUSFORDERUNGEN



VISION EUROPA 2049



DEN BLICK WEITEN AUF DAS EUROPA VON MORGEN

ZIELE

IN SZENE SETZEN, DASS GESELLSCHAFT, „STAAT MACHEN“ KANN

VOR DEM START DER EUROPÄISCHEN BÜRGERKONFERENZ ZUR ZUKUNFT DER EU EINE EIGENE VISION PRÄSENTIEREN

EUROPAPOLITIK NICHT TECHNOKRATISCH, SONDERN DEMOKRATISCH GESTALTEN

ZEITHORIZONT: AUGUST / ENDE OKTOBER 2019

